

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung

► Bayern stark ► Deutschland vorn

61. PARTEITAG DER CHRISTLICH-SOZIALEN UNION
21./22. NOVEMBER 1997, MÜNCHEN, BAYERNHALLE

**Berichterstattung der
CSU-Gruppe im Europäischen
Parlament zu den auf dem
Parteitag 1996 bzw. dem
Parteiausschuß 1997
beschlossenen Anträgen**

CSU 

*Fit für die
Zukunft!*

© Genehmigung des ACSP

60. Parteitag der Christlich-Sozialen Union**Antrag****Schöpfung, Verantwortung, Werte Nr. 13****Die Natur sind wir - Mit moderner Umweltpolitik die Schöpfung bewahren****Antragsteller: Junge Union Bayern****dazu Stellungnahme der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament****Mit moderner Umweltpolitik die Schöpfung bewahren:**

Das 5. Umweltprogramm der Europäischen Union für "eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung" legt die Ziele und Leitlinien für umweltbewußtes Handeln auf europäischer Ebene bis zum Jahr 2000 fest. Bei der Überprüfung durch das Europäische Parlament Anfang 1997 war die Einbeziehung der Umweltpolitik in alle anderen Politikbereiche eine der wesentlichen Forderungen, für die unsere Fraktion seit Jahren im Europäischen Parlament gekämpft hat.

Energie/Klima:

Zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes hat die Fraktion der Europäischen Volkspartei bei der Erarbeitung der Direktiven für die Beteiligung der europäischen Institutionen (Regierungen der Mitgliedsländer und Europäische Kommission) für die Weltklimakonferenz in Kyoto/Japan im Dezember 1997 vehement für sehr strenge Reduzierungsziele gekämpft. Auch wenn die jetzt erreichte Verhandlungsposition den Forderungen unserer Fraktion und des Europäischen Parlaments nicht voll entspricht, stellt sie eine gute Grundlage für die Verhandlungen in Kyoto dar. CO₂, Stickstoffoxyd und Methan sollen bis zum Jahr 2010 um 15 % mit einer Zwischenstufe von 7,5 % bis 2005 gegenüber dem Jahr 1990 als Bezugsbasis reduziert werden. Dieses Ergebnis wird von Grünen und Linken immer noch als nicht weitgehend genug kritisiert. Von Japan, USA und vielen Entwicklungsländern zur Zeit als viel zu weitgehend abgelehnt.

Auch wenn die Absenkung von CO₂ nicht ausdrücklich im Vertrag von Amsterdam im Juni 1997 verankert wurde, wird das Europäische Parlament durch die Einführung des Mitentscheidungsverfahrens für alle Umweltgesetze erheblich mehr Einflußmöglichkeiten erhalten. Unsere Fraktion und das Europäische Parlament werden diese Einflußmöglichkeiten im Sinne weiterer Reduzierung der Luftverschmutzung nutzen, wie alle Diskussionen im Europäischen Parlament bisher parteienübergreifend zeigen.

Eine Energiesteuer hält unsere Fraktion nur für sinnvoll, wenn sie europaweit gemeinsam entwickelt wird. Dies ist leider zur Zeit nicht durchsetzbar, weil eine Reihe von Mitgliedstaaten nicht mitziehen.

Marktwirtschaftliche Lenkungsmöglichkeiten:

Unsere Fraktion fordert die Einbeziehung ökologischer Elemente ins Steuersystem immer wieder, nicht nur bei den Haushaltsberatungen, sondern auch bei der Beratung entsprechender Gesetzesvorlagen. Leider ist der Widerstand einiger anderer Regierungen auch in diesem Fall groß, so daß bisher keine wesentlichen Fortschritte erkennbar sind.

Aufgrund der Forderungen unserer Fraktion, die auch vom Parlament unterstützt wurden - allerdings von den Sozialisten nur halbherzig - prüft die Europäische Kommission zur Zeit die Durchführbarkeit freiwilliger Vereinbarungen auf europäischer Ebene.

Das Ökoaudit, dessen Durchführung auf europäischer Gesetzgebung beruht, ist nicht nur in Deutschland ein großer Erfolg. Die Forderung nach Einbeziehung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen wurde noch zurückgestellt, da wir auf eine neue Vorlage der Europäischen Kommission gewartet haben, die inzwischen vorliegt, und in den nächsten Monaten beraten werden wird. Dann wird unsere Fraktion dieses Anliegen aufgreifen.

Verkehr:

Bei der Reduzierung der Abgasgrenzwerte bei Pkw und Lkw hat unsere Fraktion - unterstützt von fast allen Fraktionen des Europäischen Parlaments - im Ringen mit Ministerrat und Europäischer Kommission große Erfolge erzielt. Die Werte der sogenannten dritten und vierten Stufe, die ab dem Jahr 2000 bzw. 2005 gelten sollen, stellen weitreichende Verbesserungen gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Europäischen Kommission dar. In den nun beginnenden zweiten Lesungen und im eventuell darauf folgenden Vermittlungsverfahren wird unsere Fraktion sich für weitere Verbesserungen, insbesondere hinsichtlich der Kraftstoffqualität, gegen den erbitterten Widerstand der Mineralöl-Lobby einsetzen. Für Lkw, die bereits im Markt sind, müssen noch Lösungen gefunden werden, die Europäische Kommission muß neue Vorschläge vorlegen.

Abfall:

Unsere Fraktion hat auf europäischer Ebene ebenfalls die Rangfolge: "vermeiden, verwerten, thermisch behandeln, umweltverträglich lagern" durchgesetzt. Zur Zeit arbeiten wir an einer Gesetzgebung für Anforderungen an Mülldeponien. Dabei setzt sich unsere Fraktion ganz entschieden für strenge Anforderungen ein, insbesondere für eine Trennung von flüssigen und festen Abfällen, interessanterweise gegen den Widerstand vor allem des inzwischen sozialistisch regierten Großbritannien.

Wasser:

Nur dem entschiedenen Eintreten unserer Fraktion, allerdings auch mit Unterstützung der anderen Fraktionen im Europäischen Parlament, ist es zu verdanken, daß die scharfen Normen der geltenden Trinkwassergesetzgebung nicht aufgeweicht werden. Auch in der beginnenden zweiten Lesung im Europäischen Parlament wird unsere Fraktion diese Haltung vertreten.

Bei der Biocid-Richtlinie stehen wir in entscheidenden Verhandlungen mit dem Ministerrat und hoffen, daß wir auch die heiklen Punkte durchsetzen und Aufweichungstendenzen des Rates in Form von Protokollerklärungen abwehren können.

Bei der Pestizid-Zulassungsrichtlinie hat nur das Europäische Parlament, in diesem Fall unterstützt von allen Fraktionen, in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof die ursprünglich von der Europäischen Kommission gewollte schwache Regelung verhindert. Die 1997 in Kraft getretene Regelung für Anhang VI dieser Richtlinie beinhaltet die Forderungen der Jungen Union.

Neben der Wasserqualität spielt in der gegenwärtigen Diskussion um eine Überarbeitung der europäischen Wassergesetzgebung die Wasserquantität eine Rolle. Dabei kämpft insbesondere unsere Fraktion auch für den flächendeckenden Grundwasserschutz und die Reduzierung des Nitratreintrags ebenso wie für die EU-weite Reduzierung der Schadstoffeinträge in die Gewässer durch die Festlegung von verbindlichen europäischen Grenzwerten.

Umwelt und Wirtschaft:

Im Gegensatz zu Deutschland gibt es auf europäischer Ebene zur Zeit ca. 300 Gesetze zum Umweltschutz. Die Forderung nach Deregulierung im Sinne von Subsidiarität ist gerade für den Umweltschutz auf europäischer Ebene gefährlich, weil sie von einigen Mitgliedstaaten zum Vorwand genommen wird, national weniger strenge Maßstäbe zu setzen und bereits erreichte europäische Anforderungen wieder zurückzuschrauben. Damit ist weder der Umwelt noch unserer deutschen Wirtschaft gedient.

Die Vergabe der Mittel aus dem Kohäsionsfonds - mit dem auf Druck aller Fraktionen des Europäischen Parlaments zu 50 % Umweltaufgaben in den Ländern Spanien, Portugal, Griechenland und Irland unterstützt werden - sind an die Einhaltung von Umweltauflagen gebunden, wie es unsere Fraktion und das Europäische Parlament gefordert haben. Der Haushaltsberichtersteller unserer Fraktion strebt mit Unterstützung unserer Fraktion zur Zeit ähnliche Bestimmungen bei der Neugestaltung der Strukturfonds an.

Hergestellt im Archiv für
Handlungs- und
Weiterbildung -
RPP
Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hansischen Versammlung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

60. Parteitag der Christlich-Sozialen Union
Antrag Schöpfung, Verantwortung, Werte Nr. 14 Umweltpolitik
Antragsteller: Frauen-Union Bayern

dazu Stellungnahme der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Während des Kongresses der Europäischen Volkspartei in Toulouse vom 9. bis 11. November 1997, wurde der Leitantrag "Wir sind Teil einer Welt" nach zweijähriger Vorarbeit verabschiedet. In dem Kapitel VII "Bewahrung der Schöpfung" ist die Forderung der Frauen-Union "zum Schutz der Erde als vorrangige Aufgabe aller Völker und Staaten" mit den von der Frauen-Union dazu formulierten Überlegungen in Zusammenarbeit mit der CSU und über 100 Anträgen aus unseren Reihen einbezogen und von der ganzen Europäischen Volkspartei mit großer Mehrheit angenommen worden. Das bedeutet, daß dieses Gedankengut der Frauen-Union auch von unseren Schwesterparteien in den übrigen Mitgliedstaaten der EU unterstützt und in deren Ländern vertreten werden wird.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Stellungnahme der CSU-Europa-Gruppe zum Antrag Nr. 35 - Integration der Tschechischen Republik

Jede Öffnung von Grenzen bewirkt eine Vielzahl von - auch negativen - Veränderungen der Situation im Grenzbereich. Gerade für Oberfranken bedeutet der geplante Beitritt der Tschechischen Republik zur EU eine besondere Massierung von neuen Herausforderungen, die bewältigt werden müssen. Andererseits müssen selbstverständlich die Bedingungen des Beitritts so formuliert werden, daß die Veränderungen im Grenzbereich verkraftet werden können und die unvermeidbaren Risiken minimiert werden:

Dies gilt insbesondere für die Übernahme des sog. „acquis communautaire“ der EU vor der Öffnung der Grenzen, um einen unfairen Wettbewerb zu Lasten der deutschen Seite zu vermeiden. Dazu zählt die Erfüllung der Sozial- und Umweltstandards ebenso, wie die Übernahme des Wettbewerbsrechtes. Die zukünftig zu erwartende EU-Förderung darf nicht zu einem sprunghaftigen Fördergefälle zu Lasten Bayerns führen.

Zur Öffnung für Lieferungen besonders sensibler Produkte (Agrar- und Landwirtschaft) müssen mehrjährige Übergangsfristen vereinbart werden. Das gleiche gilt für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Zur Behauptung der Kriminalität muß die Schlagkraft der tschechischen Polizei verbessert werden, um sie auf das Niveau für eine Beteiligung am Schengener Abkommen zu bringen.

Für diese Punkte setzt sich die CSU-Europa-Gruppe im Rahmen der Diskussion über die Osterweiterung der EU mit voller Kraft ein.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hann-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Stellungnahme der CSU-Europa-Gruppe zum Antrag Nr. 24 - Bäuerliche Landwirtschaft

Im Rahmen der Diskussion über die Agenda 2000 und die darin vorgesehenen weiteren Preissenkungen bei gleichzeitigen höheren Preisausgleichszahlungen, beziehen die CSU-Europaabgeordneten klar Stellung für die bäuerliche Landwirtschaft. Bei allen Beschlüssen unterstützen die CSU-MdEP's klar und eindeutig die Haltung der CSU im Landtag und im Bundestag für eine sich über den ganzen ländlichen Raum entwickelnde bäuerliche Landwirtschaft.

Stellungnahme der CSU-Europa-Gruppe zum Antrag Nr. 32 - kostengerechte Staffelung der Ausgleichszahlungen

Die CSU-Europaabgeordneten werden sich für die Einführung von Obergrenzen für Großbetriebe einsetzen. Als Diskussionsgrundlage wurden bisher 250.000 DM genannt.

Über eine kostengerechte Staffelung der Ausgleichszahlungen sollten noch präzisere Vorschläge vorgelegt werden, damit die unbürokratische Umsetzung eines solchen Vorschlages besser beurteilt werden kann.

Hergestellt im Archiv für Christliche Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Stellungnahme der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**Antrag Verkehrspolitik Nr. 70****Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in Europa im Verkehrsbereich**

Hauptaugenmerk der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist es immer gewesen, zu einheitlichen Rahmenbedingungen im Verkehrsbereich zu kommen, um in einem liberalisierten Markt durch unterschiedliche steuerliche, soziale und umweltpolitische Vorschriften eventuell mögliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Dabei ist selbstverständlich zwischen Personen- und Güterverkehr zu unterscheiden.

Im Bereich des privaten Personenverkehrs wurden durch die Einführung einheitlicher Führerscheinklassen auf europäischer Ebene sowie eines einheitlichen Führerscheins wichtige Harmonisierungsschritte erreicht. Die CSU hat dabei erfolgreich dafür gesorgt, daß es keine zeitliche Beschränkung der Gültigkeit des Führerscheins gibt, jeder Mitgliedstaat kann dies in eigener Verantwortung regeln. Auch ein europäisches Punktesystem wurde von der CSU strikt abgelehnt, da der Europäischen Union im Bereich der Innen- und Rechtspolitik keine Kompetenzen zustehen und deshalb nur einzelstaatliche Regelungen greifen können.

Im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs hat sich die CSU erfolgreich dafür eingesetzt, daß bei der Liberalisierung des ÖPNV im grenznahen Bereich die besonderen Interessen Bayerns und Deutschlands entsprechend berücksichtigt wurden. Insbesondere Qualität des Angebots und Verlässlichkeit einer dauerhaften Verkehrsversorgung waren dabei die Schwerpunkte der CSU-Forderungen, die von Parlament und Ministerrat angenommen wurden.

Im Güterverkehr hat sich die CSU dafür stark gemacht, daß bei der zur Zeit stattfindenden Überarbeitung der Richtlinie über allgemeine Benutzungsgebühren für Nutzfahrzeuge über 12t nicht nur eine gewichts- sondern auch eine emissionsbezogene Komponente eingeführt wird. Die Verhandlungen dazu sind leider im Ministerrat noch nicht abgeschlossen, so daß auch das europäische Parlament nicht abschließend darüber befinden konnte.

Eine Anhebung der Mindeststeuersätze, ein Hauptanliegen der bayerischen Güterverkehrswirtschaft zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene, ist derzeit nicht möglich. Im Zusammenhang der vollständigen Liberalisierung und der Öffnung der Verkehrsmärkte in Richtung Mittel- und Osteuropa ist darüber erneut zu diskutieren.

Große Verbesserungen konnten im Bereich der Berufszulassung erreicht werden. Hier konnten die besonderen Anliegen der mittelständischen bayerischen Betriebe von der CSU maßgeblich umgesetzt werden. Dadurch ist dauerhaft gewährleistet, daß der gute Ausbildungs- und Sicherheitsstand unserer heimischen Fuhrunternehmer seine Position im europäischen Vergleich halten kann.

Keine Einigung gibt es derzeit über ein neues Kontrollgerät im Gütertransportbereich. Dadurch soll erreicht werden, daß alle Lkws in allen EU-Mitgliedstaaten einheitlich kontrolliert werden können. Insbesondere im Hinblick der Gleichbehandlung aller Gütertransporteure ist dies eine wichtige CSU-Forderung seit vielen Jahren. In Kürze ist jedoch zu erwarten, daß der Ministerrat seinen gemeinsamen Standpunkt formulieren wird, so daß das Europäische Parlament seine abschließende Beschlußfassung durchführen kann.

Stellungnahme der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament**Antrag Verkehrspolitik Nr. 71-73****Einführung von Autobahngebühren**

Gemäß europäischer Gesetzgebung steht einer Einführung einer nationalen Autobahngebühr nichts im Wege. Dabei sind aber folgende drei Punkte zu beachten:

- Die Autobahngebühr muß das gesamte Autobahnnetz umfassen und darf sich nicht nur auf Transitrouten beschränken
- Die Autobahngebühr muß mindestens bis auf Wochenniveau gestaffelt sein, um Ausländer, die nur einmal eine deutsche Autobahn benutzen, gegenüber Inländern nicht zu diskriminieren
- Eine Kompensation der Vignettenkosten für inländische Autofahrer ist nicht zulässig

Zwei der drei überwiesenen Anträge fordern eine nationale Kompensation, z.B. eine Senkung der Kfz-Steuer. Dies ist mit europäischem Recht nicht vereinbar. Darüber hinaus würde damit das eigentliche Ziel, nämlich eine Erhöhung der Haushaltsmittel für den Straßenbau verfehlt werden. Sowohl Schätzungen des Bundesverkehrsministeriums als auch des Bayerischen Verkehrsministeriums gehen davon aus, daß ausländische Fahrzeuge nicht einmal die Verwaltungskosten einer nationalen Vignette erbringen würden. Von daher ist eine kostenneutrale Lösung für deutsche Autofahrer weder wirtschaftlich sinnvoll noch haushalterisch gerechtfertigt.

Darüber hinaus ist zu überlegen, ob es dauerhaft Sinn macht, nationale Benutzungsgebührensyste~~m~~e zu schaffen. Vielmehr könnte - ähnlich wie im Lkw-Bereich - durch die Schaffung einer EURO-Vignette, die in allen Ländern mit allgemeinen Straßenbenutzungsgebühren gilt, die Idee eines geeinten Europas besser zum Ausdruck kommen, als mit unterschiedlichen, nationalen Vignettensystemen. Die Einnahmen dieser EURO-Vignette könnten den beteiligten Mitgliedstaaten - wie im Lkw-Bereich auch - zur Verfügung stehen. Die zu erwartenden Einnahmen im Bundeshaushalt würden in etwa in der Größenordnung liegen, wie sie auch von den Antragstellern erwartet werden.